

Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 293 June 2007

Terrorismus und der Ausländer - Eine Buchbesprechung

Neben der Demokratie und den Prinzipien des Rechtsstaates ist die Achtung der Menschenrechte einer der Grundwerte der EU. Gesetzesänderungen, die die EU und ihre Mitgliedsstaaten vorgenommen haben, haben zu lebhaften Diskussionen über die Frage geführt, bis zu welchem Ausmaß bestimmte Rechte eingeschränkt werden können, wenn die Sicherheit bedroht ist.

„Terrorismus und der Ausländer“ vergleicht die Behandlung von Immigranten und Asylanten in fünf EU-Staaten sowohl nach der Golfkrise 1990-1991 als auch nach den Angriffen auf die Vereinigten Staaten am 11. September 2001. Die Auswirkungen, die beide Ereignisse auf die Gesetzgebung hatten, insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte, werden im Einzelnen untersucht, interessante Vergleiche werden angestellt und Schlussfolgerungen gezogen.

Diese zwei Ereignisse geschahen in sehr unterschiedlichem politischen Kontext. Der erste Golfkrieg war ein Angriff auf einen Staat, nämlich Irak, als Reaktion auf die Anwesenheit von irakischen Truppen im Nachbarland Kuwait. Die „Staatsfeinde“ waren in diesem Fall klar definiert (Irak und möglicherweise Iraker in Europa), und der Konflikt war kurz. Andererseits weckten die Angriffe vom 11. September Ängste vor dem „inneren Feind“, und vor einem Feind, der in keine gängige Kategorie passt. Eine unbestimmt vorhersehbare Zeitdauer unterscheidet auch diesen Konflikt von der Golfkrise. Jedoch waren beide Ereignisse begleitet von bedeutsamen Terrorismus-Ängsten, und beide führten in ganz Europa zu Änderungen bei der Einwanderungs- und Asylpolitik.

Dieses Buch bietet eine umfassende Übersicht über die Änderungen in der Einwanderungs- und Asylpolitik seit 1990, unter besonderer Beachtung der beiden erwähnten Ereignisse. Die verschiedenen politischen Maßnahmen, die in Großbritannien, Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Italien ergriffen wurden, werden genau untersucht.

Eine Beziehung zwischen Terrorismus und Immigration ist ständig vorhanden. Es scheint klar, dass eine der mächtigsten und konsequentesten Reaktionen von europäischen Staaten auf die letzten Terroranschläge in dem Versuch bestand, die Landesgrenzen dichter zu machen. Dazu gehört die Verstärkung der gesetzlichen Filter für diejenigen, die einreisen wollen, die Festnahme von möglichen Verdächtigen (bisweilen auf unbestimmte Zeit), und der Einsatz von Geheimdienst und Militär für Zwecke, die sonst Aufgaben der Polizei sind. Man muss sich jedoch ernsthaft fragen, wie wirksam solche Maßnahmen sind. „Terrorismus und der Ausländer“ stellt darüber hinaus zur Debatte, wie vereinbar solche Reaktionen mit den Gesetzen der EU und den internationalen Menschenrechten sind.

Die Menschenrechte müssen immer eingehalten werden. Wer ihre Schwächung aus Gründen der Sicherheit in Betracht zieht, versteht die Gefahr falsch, der sich die europäische Gesellschaft gegenüber sieht. Einwanderungs- und Asylgesetze sind ständig in Gefahr, leichtfertig geändert zu werden, wenn der Staat eine Bedrohung der Sicherheit sieht. Wir müssen im Auge behalten, dass auf keinen Fall die Menschenrechte geopfert werden sollten.

Das Buch „Terrorismus und der Ausländer“ sei jedem empfohlen, der sich für die Entwicklung der europäischen Asyl- und Einwanderungsgesetze in den letzten 15 Jahren interessiert. Die Analyse der wichtigsten Vorkommnisse ist lebendig und detailliert. Dieses Buch wird dazu beitragen, dass die Debatte über die Beziehung zwischen Menschenrechten und Sicherheit fundierter wird.

Terrorism and the Foreigner, Herausgeber: Anneliese Baldaccini und Elspeth Guild

Verlag: Martinus Nijhoff Publisher

Matt Loffman

Übersetzung: Eckard Teichert

Die Militarisierung bei der Präsenz der EU in Afghanistan

Am 27. März hielt die Internationale Gruppe für Friedensinitiativen, eine inoffizielle Mehrparteiengruppe von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, welche das Büro des QCEA nutzen, eine erfolgreiche Zusammenkunft ab zur Frage der Militarisierung in Afghanistan im Zeitraum der Präsenz der EU im Lande. Es sprachen Dr. Matin Baraki, Afghanistan-Experte und Professor am Zentrum für Friedens- und Konfliktstudien an der Phillips-Universität Marburg sowie Tim Eestermans von der Asien-Eingreifgruppe des Büros der Europäischen Union. Dabei waren die beiden Präsidenten Caroline Lucas und Tobias Pflüger anwesend, sowie auch andere Mitglieder des Europäischen Parlaments und ebenso Angehörige der Zivilgesellschaft.

Die Initiativgruppe hatte sich entschlossen, die Zusammenkunft zu diesem Zeitpunkt der NATO-Frühlingsoffensive abzuhalten, welche Teil einer bemerkbaren Veränderung im Einsatzcharakter der Truppen von einer Stabilisierungsmacht zu einer Kampftruppe war. Diese Veränderung und ihre möglichen Folgen für die Beziehung zwischen NATO und EU standen im Mittelpunkt des Interesses. Es fand eine lebendige Debatte statt, welche besonders wegen der verschiedenen Perspektiven der Sprecher interessant war. Dr Baraki war gerade aus Afghanistan zurückgekehrt (wo seine Familie lebt, welche er mindestens einmal im Jahr besucht), als Herr Eestermans die offizielle Position der EU in Afghanistan darstellte.

Dr. Baraki sprach bewegend über seine Eindrücke in Afghanistan, wo ein tiefes Misstrauen über die internationale Präsenz und den geringen erfolgreichen Wiederaufbau herrscht. Er berichtete über die Korruption auf allen Regierungsebenen, die Zugehörigkeit der offiziellen Amtsträger zur wachsenden Drogen-Mafia, die totale Zerstörung von Ackerland und die Einstellung des Anbaus als Schlüsselhindernis der Erholung von Afghanistan nach der Taliban-Herrschaft.

Herr Eestermann unterstrich die Veränderung der EU-Position gegenüber Afghanistan in Richtung einer engeren Zusammenarbeit mit der NATO, was mit dem EU-Programm zur Prävention von Gewalt in Konflikten unvereinbar ist. Mitte Juni wird die EU eine Einsatztruppe (EUPOL) nach Afghanistan schicken, bestehend aus 160 Polizei-Trainern und Rechtsexperten als Teil einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolizei Mission (ESTP). Sie soll bei der Koordination der Polizei helfen und bei der Kontrolle der laufenden Interventionen durch die EU-Mitgliedsstaaten auf bilateraler Basis. Die Mission wird in Afghanistan für drei Jahre stationiert werden, um afghanische Amtsträger zu beobachten, betreuen, beraten und zu trainieren mit dem Ziel, Reformen innerhalb der Polizei von einem lokalen Niveau auf ein Zentrales anzuheben.

Herr Eestermans stimmte mit Herrn Dr.Baraki darin überein, dass es keine militärische Lösung für Afghanistan gibt. Er kritisierte bei der ESDP-Mission zum Zwecke der Gewährleistung der nötigen Sicherheit für die weiteren notwendigen Entwicklungen, dass dabei die Tatsache ignoriert werde, dass die 160 EU-Beamten den Schutz durch die NATO erforderlich machten. Das unterstreiche den im Kern militärischen Denkansatz bei dem ESDP-Programm. Afghanistan braucht einen breiteren und differenzierteren Ansatz.

Sophie Miller

Übersetzung: Jutta Fauer

Die Rolle der EU in den westlichen Balkanländern - Perspektiven vor Ort

Im April nahm ich an einem Seminar mit etwa vierzig Friedensaktivisten in Brcko teil. Ich war dazu von den drei Vertretern des Quäker- Friedens- und soziales Zeugnis - Komitees (QPSW, Quaker Pace and Social Witness) eingeladen worden, die in Bosnien und Herzegowina, in Kroatien und in Serbien arbeiten und dieses Seminar vorbereitet hatten. Mein Auftrag war Informantin (resource person) zu sein. Ich war gebeten worden, über die Rolle der Europäischen Union beim Friedenaufbau zu sprechen und Überlegungen zum Beitritt der Länder dieser Region zur Europäischen Union zu unterstützen.

Viele Aspekte unserer Diskussionen haben mich überrascht.

In dieser Region hat es ein bedeutendes Engagement der EU gegeben. Zunächst drei abgeschlossene Missionen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-Politik (European Security and Defence Policy) und drei noch im Gang befindliche. Es hat EU Sonderbeauftragte in Bosnien und Herzegowina gegeben (zwei einschließlich des jetzigen), in der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien (sechs, einschließlich des jetzigen) und im Kosovo. Die Europäische Kommission unterhält Büros in Albanien, Bosnien und Herzegowina, in Kroatien, im Kosovo, in der ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, in Montenegro und Serbien.

Aber als ich die Aktivisten, die ich traf, fragte, was sie von den EU-Missionen hielten, war die allgemeine Antwort, dass diese entweder nicht deutlich wahrnehmbar waren und nicht sehr wirkungsvoll - (eine der frühen Missionen in Sarajewo nannte man vor Ort die „Eisverkäufer“, weil sie wegen ihrer weißen Kleidung und ihrer Anwesenheit in den örtlichen Hotel- und Café-Bars bekannt waren), oder man traute ihnen nicht, weil sie nur mit der Regierung Verbindung hielten und nicht mit der Zivilgesellschaft. Die letztere Antwort kam insbesondere von den serbischen Aktivisten.

Wenn man die Websites der Kommissions-Delegationen betrachtet, wird offenkundig, dass viele Anstrengungen unternommen wurden, um ins Blickfeld zu geraten, aber das scheint sich nicht wirklich sichtbar bei den Menschen niederzuschlagen.

Der andere Aspekt der Diskussion beschäftigte sich mit der möglichen Aufnahme der westlichen Balkanländer in die EU. Im allgemeinen herrschte der Eindruck 'eigentlich wollen wir das gar nicht, wir können sehen, dass das teuer wird, und wir werden in der EU Bürger zweiter Klasse sein'; aber gleichzeitig gab es auch Resignation, dass dies eben doch geschehen würde, was auch immer die Menschen wirklich wollten. Auch war ein allgemeines Gefühl vorhanden, dass die Bürger sich zu wenig dafür interessierten, um dazu eine Meinung zu vertreten.

Klingt für Ohren der Westeuropäer vertraut, nicht wahr? Aber leider ist es ein zu wichtiges Problem, um es dabei zu belassen.

Der Vorschlag eines Veteranen aus Bosnien und Herzegowina brachte einen vernünftigen Gedanken in diese Debatte: die westlichen Balkanländer sollten sich einem Integrationsprozess unterziehen, ähnlich dem der ursprünglichen Mitglieder der EU, bis diese Region auf dem europaweiten Spielfeld gleichberechtigt und anerkannt als ebenbürtiger Partner gelte.

Was für ein großartiger Gedanke! Er würde es möglich machen, vor Ort für die Integration zu arbeiten, ehe man die Verpflichtung einging, die Fülle der allgemeinen EU Regeln (Gesamteuropäisches Rechtswerk, *acquis communautaire*) anzunehmen. Das würde es ermöglichen, lokale Probleme anzugehen und zu lösen. Es würde die Anwendung des EU Modells zur Konfliktprävention nach Konflikten möglich machen. Die Unterstützung der EU würde gebraucht werden. Es würde das Instrument für Heranführungshilfe (Pre-accession Assistance)

zur Unterstützung des Prozesses erfordern. Es würde eines klaren Signals bedürfen, dass es keinen stückweisen Beitritt geben könnte, und vor allem der Erkenntnis, dass die Aufnahme dieser Länder zuerst und vor allem zu ihrem eigenen Vorteil ist und dass die jetzigen starren und unhaltbaren Schranken nicht in die EU übertragen und darin zementiert würden.

Könnte es da nicht - an Stelle von Missionen in kleinerem Rahmen, die von der Zivilgesellschaft nicht wahrgenommen werden und statt eines Erweiterungsprozesses, dem sowohl in der Region als auch in der EU bedeutende Skeptiker gegenüber stehen - ein besseres Herangehen geben: eingehende Diskussionen mit den Menschen vor Ort, die zur Verbreitung der Gründungsprinzipien, Ideen und Idealen der EU führen statt der Auferlegung von meist im westlichen Europa verfassten Gesetzen und Regeln, die für diese Region relevant - oder auch nicht relevant - sein können?

Martina Weitsch
Übersetzung: Christel Wieding

Elisabeth Baker (1940 - 2007)

Elisabeth Baker starb am 14. Mai 2007. Ihr Name ist gleichbedeutend mit dem QCEA. Sie gehörte zu der kleinen Gruppe von FreundInnen, ohne die dieses Quäkerzeugnis niemals realisiert worden wäre.

Elisabeth war seit vielen Jahren mit Quäkern und Quäkerarbeit befasst. Schon zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn arbeitete sie in London im Quaker International Centre. Seit sie nach Brüssel gekommen war, wo sie für das Sekretariat der ACP (Gruppe von 79 Afrikanischen, Karibischen und Pazifik-Staaten, Anm. d. Ü.) und später für das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union arbeitete, war sie eine treibende Kraft für das Wachstum der Brüsseler Andachtsgruppe, bei der Etablierung der belgischen und der luxemburgischen Monatsandacht und des QCEA.

Sie stand von 1979 bis 2000 im Dienste des Rates des QCEA; während dieser Zeit war sie erst Assistant Secretary (1979-1984), dann Secretary (1985-1993) und schließlich Clerk of Bureau (1996-2000). Am Ende dieses Jahres zog sie sich aus gesundheitlichen Gründen aus dem Rat zurück, aber ihr Engagement und Interesse für den QCEA hörten nie auf. Vielmehr wurde sie zum Clerk des Hauskomitees ernannt, eine Aufgabe, die sie traurigerweise nicht lange ausführen konnte.

Alle diese Fakten berühren jedoch nur die Oberfläche von Elisabeths Beitrag zum QCEA. Ein anderes Gründungsmitglied des QCEA und früherer Clerk formulierte es so:

„Elisabeths Beitrag, sowohl professionell gegenüber den Institutionen der Europäischen Union und ihren Partnern in den Entwicklungsländern, als auch gegenüber der Religiösen Gesellschaft der Freunde auf dem europäischen Kontinent, war oft von großer Bedeutung und sehr wertvoll, blieb aber oft unerkannt und unbemerkt. Sie akzeptierte dies ruhig und wohlwollend, mit Humor und Optimismus, und vermittelte durch ihre Integrität und Freundlichkeit, dass Bescheidenheit und Demut ihre eigenen Belohnungen in sich tragen können.“

Wir lernten Elisabeth erst kennen, als wir unsere Stelle als Joint Representatives 2002 antraten, aber unsere Freundschaft mit ihr gehörte zum Wichtigsten in unserem Leben hier in Brüssel. Sie lud uns zu sich nach Hause ein, als wir gerade erst ein paar Tage hier waren, und wir schlossen ohne Anstrengung eine echte Freundschaft - es war von Anfang an so, als hätten wir Elisabeth schon seit sehr langer Zeit gekannt, und wir profitierten von ihrem Interesse an unserer Arbeit, ihrer Unterstützung für uns und von ihrer Erfahrung und Beratung. Wir wissen,

**Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA
Unterstützungsgruppe übersetzt worden
Sie ist auf der QCEA website www.quaker.org/qcea zu finden**

dass es früheren Repräsentanten und anderen, die mit dem QCEA zu tun hatten, ähnlich ging.
Das spiegelt sich in den Worten einen früheren Repräsentanten:

„Während meiner Zeit im QCEA (in den Kalenderjahren 1995-97) war sie eine kontinuierliche Quelle der Unterstützung für die jungen Leute (Programm-Assistenten) und für uns. Wenn neue Programm-Assistenten in Brüssel ankamen, hat Elisabeth sie immer so bald wie möglich zum Mittagessen eingeladen, erstens um sie kennenzulernen, und um ihnen zu versichern, dass es da jemanden gab, den sie kontaktieren konnten, wenn sie irgendwelche Probleme hatten.“

Elisabeth hatte eine echte Gabe für Freundschaft; sie stellte sicher, dass sich alle ihre Freunde fühlten wie etwas Besonderes und von ihr unterstützt, und sie personifizierte den Satz vom „Antworten auf das von Gott“ in anderen. Sie wird sehr vermisst werden.

Liz Scurfield und Martina Weitsch

Übersetzung: Christa Dommel

Eine Gedenkandacht für Elisabeth wird am 8. September in Brüssel abgehalten. Weitere Details bitte auf der QCEA Website nachsehen.